

DAS LAND IN KÜRZE

Medizin-Laser preisgekrönt

BOCHUM. Fürs Entwickeln eines Lasers zum schonenden Verkleben von Wunden hat ein Bochumer Forscher den InnoNet-Forschungspreis des Bundeswirtschaftsministeriums erhalten. Der Laser solle bei großen Wunden das bislang übliche Klammern und Kleben mit hautreizenden Stoffen ersetzen, erläuterte der Preisträger, Lars Steinsträßer vom Bochumer Universitätsklinikum Bergmannsheil, gestern.

Mit der Summe von 200 000 Euro will das Ministerium die Entwicklung des Verfahrens bis zur Einsatzreife vorantreiben. Laut Steinsträßer könnte

es in zwei bis fünf Jahren soweit sein. Beim Behandeln großer Wunden - etwa offener Beine oder Brandverletzungen - müssen Ärzte häufig Haut von anderen Körperstellen verpflanzen oder Kunststoffnetze mit Hautzellen implantieren. Diese werden bislang meist mit Klebstoffen oder Klammern fixiert. „Die Klebstoffe reizen die Haut, Klammern tun beim Ziehen weh“, sagte Steinsträßer. Zudem sei es äußerst schwierig, feuchte Wunden zu verschließen. „Der Laser arbeitet gerade dort, wo es feucht ist, besonders gut“, so Juniorprofessor Steinsträßer. (NRZ/dpa)

Immer mehr Baustellen nachts

GELSENKIRCHEN. Fast 42 Prozent aller lästigen Tagesbaustellen in Nordrhein-Westfalen konnten im vergangenen Jahr in der Nacht erledigt werden. 2004 waren es nur 35 Prozent, wie der Landesbetrieb Straßenbau NRW gestern mitteilte. Von den insgesamt 7900 kleineren Arbeiten, die nicht

länger dauern als einen Tag, waren fast 3300 Nachtbaustellen und sorgten damit für erheblich weniger Stau und Verärgerung auf Autobahnen und Landstraßen. Unter Tagesbaustellen fallen Ausbesserungen wie Reinigung, Grünstreifenpflege und die Beseitigung von Unfällen. (NRZ/dpa)

Polizist war Marathonläufer

HERNE. Die Marathon-Erfahrung eines Polizisten hat in Herne den Fluchtversuch eines 20-jährigen Kleinkriminellen vereitelt. Als der Beamte dem jungen Mann gestern einen Haftbefehl überbringen wollte, nahm dieser die Beine in die Hand, teilte die Polizei gestern mit. Pech nur: Der Ganove war

an einen gestandenen Langstreckenläufer geraten. Der 47-jährige Polizist ließ sich auf einem zwei Kilometer langen Crosslauf über Zäune und durch Gestrüpp nicht abhängen. Schließlich gab der Flüchtige schnaufend auf und schimpfte: „Wie fit diese Beamten um die 50 sind!“ (dpa)

LAND & LEUTE

Die bisherigen NRW-Regierungschefs sind bald wieder vollständig im Bilde: Die Gemäldegalerie der Ministerpräsidenten soll nach einem jahrzehntelangen Dornröschenschlaf nun wieder vervollständigt werden. Nach dem fünften „Landesvater“ **Heinz Kühn** (SPD) hatte sich keiner seiner Amtsnachfolger mehr malen lassen. Doch nun erklärten sich auch **Johannes Rau**, **Wolfgang Clement** und **Peer Steinbrück** (alle SPD) damit einverstanden, sich für die Ahnengalerie

in Öl verewigen zu lassen. Hoch droben aus der elften Etage der Staatskanzlei genießen die „Herren in Öl“ einen einzigartigen Blick auf den Rhein. Der amtierende Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** (CDU) kann sich der Tradition folgend erst nach seinem Abtritt zu den Konterfeis von **Rudolf Amelunxen** (parteilos), **Karl Arnold** (CDU), **Fritz Steinhoff**, **Franz Meyers**, **Heinz Kühn** (alle SPD) und den drei neuen Porträts gesellen. (jok/NRZ)

LAND UNTER

Die Sauerland-Dubai-Connection

Hierzulande haben Sauerländer Fichten vor allem als Weihnachtsbäume einen Ruf, und der ist mitunter etwas zwiespältig: Günstig, aber mit Nadel-Neigung. Bei den Scheichs in Dubai ist das ganz anders. Die haben jüngst einen ganzen Überseecontainer voll Mittelgebirgs-Nadelholz geordert, um eines ihrer Luxushotels auszukleiden. Ob etwa die Kritik am Tropenholz dafür gesorgt hat, dass in der Edelherberge jetzt Fichte statt Mahagoni angesagt ist?

Waldbesitzer verkauft. Wichtig sei, was wann geliefert wird.

Sommer kennt sich aus beim Holz-Export. Der Sauerländer verkauft Kiefern oder Fichten als Bauholz nach China und

Indien. Auf diesem internationalen Parkett entstand auch der Kontakt in die Emirate. Eine expandierende Stadt wie Dubai braucht Bauholz, aber eben auch edle Furniere. Und nicht nur das: Für gutes Geld hat Sommer dorthin auch schon schwer verkäufliches, dünnes Holz exportiert - als Einstreu für die Araber-Hengste. Trotz des teuren Transports: Die Scheichs wollten es lieber erst am Persischen Golf häckseln lassen; heimische Arbeitskräfte sollten auch etwas davon haben. (tr/NRZ)



Forstingenieur Michael Sommer ist das egal. Er freut sich über gute Erlöse aus den Emiraten: „Der Preis ist da meist zweitrangig“, berichtet Sommer, der das Holz privater



Das Letzte herausholen

KOMMUNALES / Städte und Gemeinden sparen am Porto, am Sprit - sogar am Gelblicht der Ampeln. Nur bringt das nicht viel.

DAGOBERT ERNST

ISSELBURG. Die Idee lag buchstäblich nahe: Etwa drei Kilometer sind es von Isselburg in die niederländische Nachbargemeinde Dinxperlo. Eine Strecke, die die Mitarbeiter des städtischen Bauhofs und der Feuerwehr öfter zurücklegen. Weil sie die 20 städtischen Fahrzeuge dort zur Tankstelle kutschieren. Denn in Isselburg, gelegen unweit der Autobahn 3 zwischen Bocholt und Emmerich, schaut die Verwaltung auf den Cent. Im Nachbarland lassen sich je Liter Diesel beim Tanken zehn Cent sparen. Und sparen, sagt Hauptamtsleiter Heinz Hetkamp, „müssen wir.“

Noch nie war die Finanzlage der Kommunen in NRW so düster wie im vergangenen Jahr, erklärte unlängst NRW-Innenminister Ingo Wolf (FDP). In 194 der 396 Städte und Gemeinden übersteigen die Schulden die Einnahmen, so dass die zuständigen Regierungspräsidien über die jeweiligen kommunalen Finanzen entscheiden. Und in 105 dieser Kommunen ist die Finanzlage so prekär, dass sich ein ordentlicher Haushalt nicht mehr aufstellen lässt.

Da kreißt ein Berg...

Da ist sparen angesagt. Doch das „geschieht viel zu wenig“, kritisiert Christiane Wenner, Expertin für Finanzmanagement bei der von bundesweit 1600 Kommunen getragenen „Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung“ (KGSt) in Köln. Alle drei Jahre bittet die KGSt seit 2002 zum Wettbewerb „Intelligent sparen“. Was sich dort aus den Verwaltungen an Ideen sammelt, wird laut Wenner dem Anspruch selten gerecht.

So rühmte sich jüngst der Kreis Wesel, dass er Ausschreibungen mit einem eigens gestalteten Computerprogramm vereinfacht. Kostenersparnis: „ca. 4500 Euro pro Jahr“. Die Stadt Hamm präsentierte ein jüngst geschlossenes „Sonderabkommen“ mit der Post, die die Stadt fürderhin in Sachen Portokosten als „Großkunde“ begünstigt. Jährliche Einsparungen: „ca. 5000 Euro“. Und die Stadt Ratingen veräußert mittlerweile Teile des gehäckselten Grünchnitts der städtischen Parkanlagen. Der Erlös: ca. 4500 Euro im Jahr.

Christiane Wenner hat für solches nurmehr Hohn übrig: „Da kreißt ein Berg und gebiert

eine Maus!“ Um Größeres zu erreichen, plädiert die diplomierte Volkswirtin für das Rasenmäher-Prinzip. „Wenn Kommunen beispielsweise vorgeben, in jedem Jahr die Per-



sonalkosten um ein bis zwei Prozent in allen Bereichen zu senken - das bringt was!“ Es mache aber so gut wie keiner. Das Prinzip der 'freien Wirtschaft', dass sich die Produktivität stets steigern muss, sei in der Verwaltung „nicht zu erkennen“, meint sie.

Ulrike Löhr, Beigeordnete

sonalplanung, teilt Weners Kritik „nicht vollständig“, wengleich sie anmerkt: „Wenn ich sagen würde, wir denken schon ganz wirtschaftlich, dann wär' das gelogen.“ Einerseits liege das daran, dass sich Bereiche wie das Sozialwesen „nicht so einfach wirtschaftlich messen lassen“.

Auf der anderen Seite sieht sie auch den Stadtrat in Einsparungsverantwortung: „Die Politik erwartet von der Verwal-

tung die Quadratur des Kreises - wir sollen mehr leisten und mit weniger Kosten auskommen.“

Aber auch in Düsseldorf sieht Löhr „noch Sparpotenzial.“

Doch mit einer 'Methode Rasenmäher' mache man mitunter auch viel kaputt. In Bereichen wie der Kontrolle von Sozialhilfempfängern und der Verkehrsüberwachung etwa, „ist es sinnvoller, Personal aufzustocken, als zu kürzen“, findet Löhr. Ein Potenzial dagegen würden Kommunen noch zu häufig brach liegen lassen - die Beteiligung der Bürgerschaft in Geizfragen. Ein Beispiel: Herzogenrath bei Aachen, jüngst ei-

ner der Preisträger der KGSt.

Mit einem „Spar- und Ideenwettbewerb“ hatte die Stadt sich an ihre Einwohner und Vereine gewandt. Am Ende sammelten sich 60 Einzelvorschläge, die der 48 000 Einwohner-Stadt insgesamt jährlich 90 000 Euro Sparpotential eröffneten, erklärt Projektbetreuer Detlef Zähringer. Vor allem, weil sich Bürger als „Baumpaten“ fanden, was im Grünflächenamt eine Gärtnerstelle überflüssig macht.

Kleinvieh macht auch Mist

Ein weiterer Vorschlag werde zurzeit „ernsthaft geprüft“ - aus der Kategorie 'Kleinvieh macht auch Mist', wie Christiane Wenner anmerkt: Der Verzicht auf das Gelblicht an Ampeln würde Strom sparen. Etwa 4000 bis 6000 Euro im Jahr, heißt es in Herzogenrath. Dort warte man jetzt auf eine Stellungnahme des Verkehrsministeriums. Das städtische Defizit von fünf Millionen Euro dürfte dieser Sparvorschlag nicht wesentlich entschärfen. . .

Doch es gibt erfolgreiche und auch für Christiane Wenner „intelligente“ Spar-Modelle: etwa kommunale Einkaufsgemeinschaften. Im Kreis Kleve haben sich Kerken, Wachtendonk, Rheurdt und Sonsbeck schon seit längerem zusammen geschlossen. Sie waren Vorbild für die Kommunen Borken, Heiden, Raesfeld, Reken und Süldlohn im Kreis Borken, deren „Kommunale Dienstleistungsgesellschaft“ seit wenigen Tagen ergänzt wird durch Schermbeck.

Menge bestimmt den Preis

Sie alle kaufen ihren Bedarf - wie Streusalz, Heizöl oder Papier - mittlerweile gemeinsam ein und schreiben Bau- oder Sanierungsmaßnahmen gemeinsam aus. „Die Menge bestimmt den Preis“, erklärt Heiner Buß das Prinzip. Es sei eben billiger zum Beispiel 20 Kilometer Straße neu teeren zu lassen, als nur einen.

Das Mengenprinzip war auch in Isselburg Grund, die Einkaufspolitik umzustellen: Etwa 20 000 Liter Diesel bräuchten die städtischen Fahrzeuge im Jahr. Für eine eigene Tankstelle für Feuerwehr und Bauhof, mit der sich vielleicht auch Kosten sparen ließen, reiche die Zahl der Fahrzeuge eben nicht aus. (NRZ/Foto: Michelis)

IM BLICKPUNKT: WALTROP BEKOMMT FINANZ-AUFPASSER

Zumindest nicht noch mehr Schulden

Wie kritisch die Lage mancher Kommunen ist, zeigt die Situation in Waltrop bei Dortmund: Erstmals in fast 60 Jahren NRW-Geschichte hat das Innenministerium dort der Stadtspitze per Erlass eine Art Insolvenzverwalter vorgeschickt - „in der entschärften Form“ betont eine Sprecherin. Mit rund 115 Millionen Euro ist die Schuldenlast der Kommune (30 209 Einwohner) um 26 Millionen Euro höher als der gesamte städtische Haushalt. Seit diesem Montag soll nun Wilhelm Niemann (CDU), ehemaliger Bürgermeister der

Stadt Rheine, als „externer Berater“ die Stadt in puncto Finanzen wieder auf einen grünen Zweig bringen.

Niemand soll mindestens dafür sorgen, „dass die Stadt in diesem Jahr nicht noch mehr Schulden aufhäuft“, sagt Stefan Bergmann, Sprecher der Bezirksregierung Münster. Die hat als Kommunalaufsicht bereits vor Jahren Waltrop unter ein sogenanntes „Haushaltssicherungskonzept“ (HSK) gestellt. Stadt und Rat verlieren damit ihre Eigenständigkeit in der Finanzplanung. Deren Prinzip ist, dass

sich Einnahmen und Ausgaben eines öffentlichen Haushalts decken müssen. Wenn die „dauerhafte Leistungsfähigkeit“ einer Gemeinde wegen zu hoher Schuldenlast gefährdet ist, greift der Regierungspräsident in die Finanzplanung ein. Als äußerstes Mittel kann das Innenministerium als oberste Kontrollinstanz der Kommunen einen „Beauftragten“ einsetzen. Stadtspitze und Rat hätten dann nichts mehr zu sagen. So weit ist es in Nordrhein-Westfalen bisher noch nicht gekommen. (dae/NRZ)

Sozialverbände fürchten um ihre Arbeit

HILFE / Drogenberatungen, Familienbildungsstätten und Frauenhäuser müssen mit weniger Geld vom Land auskommen.

JOHANNES KRUCK
THOMAS RÜNKER

ESSEN. Für die 63 Frauenhäuser in NRW war es eine „schöne Bescherung“, wie es sarkastisch in einem Protestschreiben heißt: Kurz vor Weihnachten gab's die Gewissheit, dass zum Jahresbeginn die Landeszuschüsse um 30 Prozent gestrichen werden: „Wir sind geschockt“, klagt Adelheid Gruber vom Essener Frauenhaus. Wie in vielen anderen Häusern musste auch hier bereits eine Kollegin gehen - mit Folgen für in Not geratene Frauen und ihre Kinder: „Wir können jetzt nur noch 20 statt bisher 27 Personen aufnehmen“, erläutert Gruber. Im Moment ist das Haus ausgebucht.

Soviel zeichnet sich bereits ab: Frauen, aber auch Ausländer gehören zu den Spar-Opfern des Haushalts. Das gilt erst recht, wenn sie drogensüchtig

sind: In Mülheim richtet sich die Awo darauf ein, speziell auf Frauen und Migranten ausgelegte Süchtigen-Projekte eindampfen zu müssen. Bei der Caritas in Duisburg steht ein ähnliches Angebot auf der Kippe. „Dabei wird gerade 'Migranten und Sucht' noch mal ein ganz großes Thema“, meint Michael Schöttle vom Awo-Bezirksverband Niederrhein. Erst Ende Dezember hatten Drogenberater in Köln den dortigen Anstieg der Rauschgifttoden auch damit begründet, dass Einwanderer kaum Erfahrung mit ihrer Sucht haben.

Siegfried Schilling, Geschäftsführer des Duisburger Diakoniewerks, sieht die Drogenhilfe landesweit in Gefahr, weil die Kürzungen gerade die Beratungsstellen bedrohen: „Die sind das Bindeglied zwischen Süchtigen und den Therapieplätzen.“ Die Duisburger Drogenhilfe müsse in ihrem



Die Drogenhilfe - landesweit in Gefahr? (Foto: Weißenfels)

„Kontaktcafé“, bei den Streetworkern und der Strafbefugenen-Beratung Personal einsparen. Eine „strategielose Rasenmäherpolitik“, so Schilling. Bei Inhaftierten etwa müsse der Staat ein vitales Interesse ha-

ben, dass diese suchtfrei entlassen würden. Bei der Awo sorgt man sich um die Familienbildungsstätten. Knapp die Hälfte der Etats komme vom Land, sagt Schöttle - und die sollen um fünf Prozent gekürzt wer-

den „nach einer 15-Prozent-Streichung in 2005“. Für manches Haus „wird die Bedrohung langsam existenziell“.

Wie in der Erziehungsberatung - etwa bei der Duisburger Caritas - spart das Land hier bei Familien, von denen viele als sozial benachteiligt gelten. Kurzfristig, meint Caritas-Vizegeschäftsführer Ulrich Fuest: „Was das Land in Erziehungsberatungen investiert, muss es später nicht für Heimunterbringungen ausgeben.“

Die Aids-Hilfe NRW bleibt, so heißt es, vom Sparen ausgeklammert. Sprecher Guido Schlimbach verweist aber auf die Schwulen- und Lesbenaarbeit: „Fürs Schwulen Netzwerk NRW kommt die beabsichtigte Kürzung von 80 Prozent einer Katastrophe gleich.“ Schlimbach vermutet hinter diesem Kahlschlag einen „politischen Willen der schwarz-gelben Regierung.“ (NRZ)

DER DRAHT ZUR NRW-REDAKTION

Telefon: (0201) 8 04 -2787/-2615, Fax: (0201) 8 04 -2397

E-Mail

nrx@nrz.de